

„Ein verlorenes Jahrzehnt“

Clemens Fuest, Chef des renommierten Ifo-Instituts, warnt beim Arbeitgeberverband vor Folgen der Stagnation. Zu viel Bürokratie und falsche Anreize würden zunehmend zur Gefahr. Seine Analyse ist niederschmetternd.

Henning Wandel

Minden. Sieben Jahre Stagnation und stetig steigende Preise – Deutschland hat sich vom Corona-Einschnitt bis heute nicht erholt. Und so langsam wird die Zeit knapp, die größte Volkswirtschaft in Europa wieder auf Kurs zu bringen. Mit seinem Vortrag beim Arbeitgeberverband Minden-Lübbecke hat der Ökonom Clemens Fuest eindrucksvoll aufgezeigt, wo es hakt. Fuest ist Chef des Ifo-Instituts und einer der bekanntesten deutschen Wirtschaftswissenschaftler.

Seine Analyse ist niederschmetternd: „Wir haben ein verlorenes Jahrzehnt hinter uns.“ Die Belege dafür liefert er in einer Reihe von Grafiken, die zwar irgendwie auf der Hand liegen, in dieser Form aber dennoch überraschen. Zum Beispiel die Staatsausgaben: Während das Bruttoinlandsprodukt seit Jahren auf dem Niveau von 2017 verharrt und die privaten Investitionen deutlich zurückgehen, ist der Staatskonsum in zehn Jahren um 25 Indexpunkte gestiegen. „Der Staat expandiert“, sagt Fuest, „das ist gut in der Krise, muss aber irgendwann wieder zurückgefahren werden.“

Die Folgen davon zeigen sich auch in den Beschäftigtenzahlen: Während das produzierende Gewerbe nach der Pandemie deutlich Stellen abgebaut hat, setzt sich der zur Jahrtausendwende begonnene Aufwärtstrend im öffentlichen Dienst unvermindert fort. In dieser Form aber könne ein Staat kein Wachstum schaffen, so Fuest. Dafür müsse vielmehr in Infrastruktur investiert werden. Von den dafür im Sondervermögen vorgesehenen 24 Milliarden Euro sei hingegen nur eine Milliarde tatsächlich zusätzlich investiert worden, so der Wirtschaftswissenschaftler. Mit dem Rest seien Haushaltslöcher gestopft worden.



Ifo-Chef Clemens Fuest zählt zu den bekanntesten Wirtschaftswissenschaftlern Deutschlands. Beim Arbeitgeberverband analysierte er die Krise am Standort Deutschland.
MT-Foto: Henning Wandel

Mehr noch: „Das Geld war schon weg“, sagt Fuest mit Blick auf die sogenannten globalen Minderausgaben im Haushalt, die nichts weiter sind als nicht finanzierte Haushaltsposten. „Schulden für Konsum zu verjuxen, hilft nicht“, so der Experte. Das führe in den Bankrott. „Es ist ein Skandal, dass nicht alles investiert wurde.“

Wirklich ernüchternd in Fuests Analyse ist die Feststellung, dass die aktuelle Krise offenbar ein deutsches Phänomen ist. „Die Weltwirtschaft wächst normal, die Krise gibt es nur bei uns.“ Der Trend aus steigenden Staatsausgaben

und sinkenden Privatinvestitionen müsse unbedingt umgedreht werden, mahnt Fuest.

Dafür müsse auch ein stärkerer Anreiz zu mehr Arbeit geschaffen werden. Auch hier hat der Volkswirt das plastische Beispiel einer Münchener Familie mit zwei Kindern und einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.000 Euro, die sich entscheidet, mehr zu arbeiten. Wie viel Geld aber bleibt unter dem Strich mehr, wenn stattdessen 5.000 Euro brutto auf dem Lohnzettel stehen? „44 Euro“, sagt Fuest – weil es bei 3.000 Euro Einkommen noch Wohngeld und Kinder-

zuschlag gibt, die bei 5.000 Euro wegfallen. „Wer unter diesen Bedingungen mehr arbeitet, hat einen Orden verdient.“ Fuest plädiert dafür, das Niveau an Sozialleistungen insgesamt abzusenken, um stärkere Arbeitsanreize zu setzen.

Es geht dabei auch darum, falsche Erwartungen zu verändern. „Die Wähler wurden dazu erzogen, dass der Staat alles löst“, sagt er. So waren beispielsweise in einer Ifo-Umfrage jüngst 60 Prozent der Befragten nicht bereit, für eine nachhaltige Stabilisierung der Rente selbst Einschnitte in Kauf zu nehmen. „Das Gefühl ist noch nicht da, in der Krise zu sein.“

Fuest fordert dafür einen drastischen Abbau von Bürokratie, zum Beispiel in der Nachhaltigkeitsberichterstattung, für die Unternehmen zum Teil ganze Abteilungen schaffen müssen: „Das ist ökonomisch Quatsch und ökologisch sinnlos.“ Klimaschutz sei zwar wichtig, führe aber nicht automatisch zu mehr Wohlstand, weil es sich meist um Ersatzinvestitionen handle. „Wenn Sie ein Haus haben, das abreißen und ein neues bauen, sind Sie nicht reicher“, zieht Fuest einen weiteren Vergleich. „Reicher wären Sie, wenn Sie ein zweites Haus daneben bauen, das Sie dann vermieten können.“

Eine gute Nachricht hat der Referent im großen Saal bei Wago dann aber doch noch dabei: „Wir haben es selbst in der Hand, unsere Probleme zu lösen.“ Doch eine echte Konsolidierung der Staatsfinanzen brauche eine mehrjährige Strategie. „Die Frage ist: Bewegen wir uns alle schnell genug?“

Der Autor ist erreichbar unter
Henning.Wandel@MT.de